

**CONGRES DES POUVOIRS LOCAUX ET REGIONAUX DE L'EUROPE
CONGRESS OF LOCAL AND REGIONAL AUTHORITIES OF EUROPE
KONGRESS DER GEMEINDEN UND REGIONEN EUROPAS**



Council of Europe/Conseil de l'Europe
F – 67075 Strasbourg Cedex
Tel : + 33 (0) 3 88 41 20 00
Fax: + 33 (0) 3 88 41 27 51/ + 33 (0) 3 88 41 37 47
<http://www.coe.int/cplre/>

ZEHNTE TAGUNG

(Strassburg, 20. – 22. Mai 2003)

**Entschliessung 164 (2003)¹
betreffend
nachhaltige Regionen im globalen Kontext**

¹ Diskussion und Zustimmung durch die Kammer der Regionen am 21. Mai und Annahme durch den Ständigen Ausschuss des Kongresses am 22. Mai 2003 (siehe Dok. CPR (10) 5, Entschliessungsentwurf, vorgelegt durch Frau U. Koczy, Berichterstatterin)

Der Kongress, mit Bezug auf den Vorschlag der Kammer der Regionen,

Erinnert an folgende durch den Kongress angenommene Texte:

1. Die Entschliessung 55 (1997) betreffend "Finanzinstrumente der Gemeinden und Regionen Europas für die Umwelt";
2. Die Empfehlung 57 (1999) betreffend "kommunale und regionale Wirtschaftsinstrumente für die Umwelt";
3. Die Empfehlung 101 (2001) und die Entschliessung 121 (2001) betreffend "die Auswirkungen der Globalisierung auf die Regionen";
4. Die Entschliessung 126 (2002) betreffend "Rio +10: vor dem nächsten Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung";
5. Die Empfehlung 106 (2002) und die Entschliessung 127 (2002) über "dauerhafte Entwicklung und Liberalisierung des Energiemarkts";
6. Gestützt auf den Bericht betreffend nachhaltige Regionen im globalen Kontext (Dokument CPR/DEV(9)4), der eine Untersuchung der Auswirkungen der Globalisierung auf die europäischen Regionen sowie Beispiele guter Praxis enthält;

Fordert die Gemeinden und Regionen auf:

7. neue internationale Politiken der Zusammenarbeit als Möglichkeiten zu erachten, die durch den globalen Wandel verursachten Probleme in den Griff zu bekommen. Das Konzept einer "global governance" könnte ein guter Bezugspunkt sein, wenn es darum geht:
 - a. die nachhaltige Entwicklung als ein positives Modell zu begreifen;
 - b. die internationalen Beziehungen zu fördern;
 - c. verschiedene Akteure wie den Staat, die Zivilgesellschaft, wirtschaftliche und akademische Kreise zusammenzubringen;
 - d. alle Ebenen - von der Weltebene zur Staatenebene und von der regionalen zur kommunalen Ebene - zu koordinieren;
8. dass die Gemeinden und Regionen, entsprechend dem Konzept von "global governance", eine zentrale Verantwortung haben zu überprüfen, ob die Umsetzung der globalen Massnahmen auf der nationalen Ebene auch mit deren Anwendung auf der kommunalen Ebene übereinstimmt; gleichzeitig sollten die Regionen aufgrund ihres Know-how sicherstellen, dass die Informationen über die kommunalen Erfahrungen auf der globalen Ebene registriert werden;
9. im Rahmen ihrer nachhaltigen Entwicklung die Nutzung erneuerbarer Energiequellen weiterhin zu fördern;

10. die zunehmende Bedeutung "nachhaltiger Investitionen" zu betonen und dementsprechend die Unterstützung von Unternehmen bei deren Bemühungen um nachhaltige Entwicklung zu einem Hauptziel der Gemeinde- und Regionalpolitik zu machen;

11. zu fordern, über globale Diskussionen oder Beschlüsse - erst recht, wenn diese sich unmittelbar auf das regional- und kommunalpolitische Geschehen auswirken - informiert und konsultiert zu werden: die vorhandenen Plattformen zur Stärkung von Umwelt- und Sozialstandards zu nutzen;

12. kommunale und regionale Strukturen mit der Aufgabe zu schaffen, Verhandlungen und Verträge auf internationaler Ebene, vor allem innerhalb der Welthandelsorganisation (WTO), effizient zu überwachen und dabei die Gebietskörperschaften zu vertreten. Zu den wesentlichen Aufgaben einer solchen Struktur sollte gehören:

a. dafür zu sorgen, dass bei solchen Dienstleistungszweigen, bei denen Gemeinden und Regionen politisch Einfluss haben, Verpflichtungen eingegangen werden können;

b. die Gemeinden und Regionen darüber zu informieren, über welche Dienstleistungszweige Verhandlungen geführt und möglicherweise Verträge abgeschlossen werden. Damit würden die Gemeinden und Regionen über ein Frühwarnsystem verfügen, sodass sie auf die Verhandlungen reagieren, die Umsetzungsmodalitäten der entsprechenden Verträge auf nationaler Ebene beeinflussen und eine rechtzeitige Anpassung der bevorstehenden Vorschriften bewirken könnten;

13. sukzessiv die nachstehenden Massnahmen einzuführen, um sicherzustellen, dass die kommunalen und regionalen Vorschriften mit dem globalen Vorschriftensystem im Einklang stehen:

a. eine Kontrolle der Nachhaltigkeit: das zentrale Ziel der politischen Ausrichtung sollte, auch im Dienstleistungssektor, eine wirtschaftlich nachhaltige Struktur sein. Jede Tätigkeit im Dienstleistungssektor sollte daraufhin überprüft werden, ob sie mit der nachhaltigen Entwicklung der Gemeinde und Region übereinstimmt. Idealerweise sollte dies Teil der Agenda 21-Prozesse sein;

b. eine Kontrolle des Allgemeinen Abkommens über Handel mit Dienstleistungen (GATS). Dabei müsste das Ausmaß des Einflusses des GATS auf sämtliche durch die öffentlichen Behörden erbrachten, finanzierten oder reglementierten Dienste erfasst werden. Hauptkriterium dabei wäre: wird der betreffende Dienst durch private oder öffentliche Betreiber mit kommerziellem Interesse geleistet ?

c. eine Wirksamkeitskontrolle durchzuführen, unabhängig davon, ob hierzu eine rechtliche Verpflichtung besteht und festzustellen, ob eine Marktöffnung hinsichtlich der Effizienz Sinn macht. Dieses Vorgehen sollte internationale Erfahrungen einbeziehen;

14. einen Mechanismus für eine auf Konsultation und Partizipation gegründete Kommunikation zwischen den Gemeinden, den Regionen und den zentralstaatlichen Verwaltungen einzuführen, welcher die gegenseitige Zusammenarbeit und Koordination auf nationaler Ebene verbessert und auf die Einleitung eines Dialogs über internationale Verträge abzielt;
15. die “Best Practice” Beispiele zu berücksichtigen, die in dem Bericht “Nachhaltige Regionen und Städte im globalen Kontext” (Dokument CPR/DEV (9) 4) präsentiert werden;
16. einen regelmäßigen Austausch über europäische “Best Practice” Beispiele einzuführen, die im Rahmen von – Agenda 21 – Prozessen mit Bezug auf die sich ändernden Gesetze der Globalisierung entstehen.